



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 15.05.2019, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Weiterentwicklung des Integrationsbeirats zu einem Integrationsrat

Vorl.Nr. 147/19

Beschluss:

1. Der bestehende Integrationsbeirat wird für die neue Wahlperiode in einen Integrationsrat nach § 13 des Partizipations- und Integrationsgesetzes des Landes Baden-Württemberg weiter entwickelt.
2. Die erforderlichen Mittel werden im Haushalt 2020 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird einstimmig mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Kreiser
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
Stadträtin Dr. Traub
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt er mit, dass der Tagesordnungspunkt 4 abgesetzt werde. Nachdem es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft er TOP 1 auf. Ludwigsburg sei eine weltoffene Stadt, hierzu habe der bisherige Integrationsbeirat, auch im Hinblick des interreligiösen Dialoges, wesentlich beigetragen, so OBM Spec.

EBM **Seigfried** informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Man wolle die integrationspolitische Arbeit zeitgemäß fortentwickeln. Stärkere Rechte und stärkere unmittelbare Beteiligung an der Gremienarbeit, wie auch die Wertschätzung, sei in die formelle Änderung eingeflossen. Weiter geht er auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales ein.

Nachdem eine Aussprache nicht gewünscht wird, lässt OBM **Spec** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Dem Standort für das neue Fahrradparkhaus (Aufstockung Bestandsparkhaus zzgl. Überdachung) am Standort Parkdeck Schillerviertel wird zugestimmt. Der bisherige Standort nördlich des Empfangsgebäudes Bahnhof wird nicht weiterverfolgt.
2. Es wird zugestimmt, dass der Bau und die Unterhaltung des Fahrradparkhauses auf Basis des Raumprogramms (vgl. VORL. NR. 212/17) an die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH übertragen werden.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH Verhandlungen aufzunehmen, um aus dem Sanierungsprogramm „SSP ZIEL“ Städtebaufördermittel für die Herstellung der Außenhülle des Fahrradparkhauses zur Verfügung zu stellen. Dazu soll ein Förderrahmen von max. 1,5 Mio. € zur Verfügung gestellt werden.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH Verhandlungen aufzunehmen, um aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bewilligte Mittel für die Innenausstattung des Fahrradparkhauses zur Verfügung zu stellen. Der Zuwendungsbescheid dafür sieht eine Fördersumme von 642.857 € vor.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 8 Enthaltungen gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Dr. Traub
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** informiert zum Thema. Er geht rückblickend auf die Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ein.

OBM **Spec** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Link** bemängelt den Standort des Fahrradparkhauses.

Den Standort und den langen Weg bis zum Bahnhof kritisiert ebenso Stadtrat **Rothacker**. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

Der Vorlage zustimmen wird Stadtrat **Eisele**. Der Bedarf sei gegeben. Ihm gefalle die Aufstockung gut. Weiter will er wissen, ob eine Radwaschanlage und Werkstätte mitgeplant sei.

Der Standort sei kritisch, so Stadtrat **Juraneck**. Dennoch werde er zustimmen. Vorteilhaft sehe er den kurzen Weg zum Bahnsteig und man blockiere keine Flächen für künftige Entwicklungen.

Stadtrat **Herrmann** sieht den Standort nicht optimal aber gut. Die Fahrradstellplätze werden

gebraucht. Er werde zustimmen. Die Kosten werden fast vollständig über die Mittel aus ZIEL finanziert.

Stadträtin **Dr. Knoß** wird ebenso zustimmen, obwohl sie den Standort ebenso nicht optimal sehe. Sie geht davon aus, dass künftig noch weitere Fahrradparkhäuser gebraucht werden.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass kein reines Fahrradparkhaus, sondern ein Servicebetrieb angedacht sei.

OBM **Spec** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die in der Anlage 1 beigefügte Förderungsrichtlinie für Vereine mit kultureller Zielsetzung tritt zum 01.01.2019 in Kraft und löst die bisherige Förderungsrichtlinie (s. Anlage 3) ab.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird einstimmig mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Dr. Traub
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, bei der ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss gefasst worden sei. Nachdem ein Sachvortrag nicht vorgesehen ist und eine Aussprache nicht erwünscht wird, lässt OBM Spec über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Beschluss durch Ausschuss Bildung, Sport, Soziales (BSS):

1. Dem vorgelegten Raumprogramm für eine 3-gruppige Kindertageseinrichtung wird zugestimmt.
2. Dem Neubau der Kindertageseinrichtung auf der Wiese vor der Schlösslesfeldschule wird zugestimmt, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan 2020 ff.

Beschluss durch Ausschuss Bauen, Technik, Umwelt (BTU):

3. Aufgrund der Dringlichkeit wird der Holzsystembau abweichend zum vereinbarten Projektfahrplan durchgeführt:
Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des Raumprogramms sowie des beiliegenden Flächenlayouts für die **Kindertageseinrichtung die weiteren Planungen sowie eine funktionale Ausschreibung für die Ausführung in Holzsystembauweise** zu erarbeiten und zur Vergabe dem zuständigen Gremium vorzulegen. Dem Versand der funktionalen Ausschreibung an verschiedene Systembauunternehmen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt OBM **Spec** diesen TOP ab.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Ziel der Planung ist die Schaffung von Wohnraum für Studierende.
- II. Der Bebauungsplanentwurf „Campus Königsallee“ Nr. 019/05 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung, jeweils mit Datum vom 26.04.2019, beschlossen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf und die örtlichen Bauvorschriften gem. § 3 (2) BauGB, nach Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung, öffentlich auszulegen und ins Internet einzustellen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.
- Planungsbeschleunigung: Hält die Verwaltung Ergänzungen oder Veränderungen des ausgelegten Plans für erforderlich und ist aus diesem Grunde ein Verfahren gem. § 4a Abs. 3 BauGB geboten, so ist sie ermächtigt, dies in eigener Zuständigkeit durchzuführen. Voraussetzung hierfür ist, dass sich durch die Änderungen keine erheblichen und/oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für die betroffene Öffentlichkeit, die Umwelt oder sonstige Belange ergeben. Der Ausschuss ist umgehend mündlich oder schriftlich hierüber zu unterrichten. Dabei ist Aufschluss über die vorgenommenen Änderungen, deren Gründe und deren Auswirkungen zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Die namentliche Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mehrheitlich mit 27 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** gibt das Wort an BMin Nießen weiter.

BMin **Nießen** geht auf die Diskussion im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ein. Insbesondere sei auf das Mobilitätsverhalten von Studierenden und die Befürchtung der Verdrängung in die umliegenden Quartiere eingegangen worden. Hieraus habe sich von Teilen des Gemeinderates eine Forderung auf Erhöhung des Stellplatzschlüssels ergeben. Ausführliche Darlegung vom Studierendenwerk, wie auch eine empirische Studie des Bundesverkehrsministeriums untermauern das Mobilitätskonzept. In die Berechnung der erforderlichen Stellplätze seien die Wohneinheiten des Neubaus, sowie des Bestandes zugrunde gelegt worden. Nach Rücksprache mit dem Studierendenwerk wurde bestätigt, dass die

Möglichkeit bestehe, dass der Mieter beim Abschluss des Mietvertrages durch eine Selbstverpflichtung erklärt auf ein Auto zu verzichten. Bei Verstoß könne mietrechtlich dagegen vorgegangen werden. 17 % der Studierenden nutzen ein Auto. Die Wohnungen für Studierende seien ein wichtiges Ziel für die nachhaltige Stadtentwicklung. Die Studierende können auf dem privaten Wohnungsmarkt nicht mit bezahlbarem Wohnraum versorgt werden. Die Forderung nach mehr Stellplätzen führe zu einer zusätzlichen Tiefgaragenebene und bedeute eine erhebliche Verteuerung des Projektes. Beim Festhalten an dieser Forderung bestehe für den Bauherrn die Umsetzung dieses Projektes nicht mehr. Sie appelliert an eine Umsetzung dieses dringend benötigten Wohnprojektes.

OBM **Spec** wirbt ebenso für dieses Projekt. Der Wohnraum werde dringend gebraucht. Weiter geht er auf den Fachkräftemangel im Bereich Finanzen und Verwaltung ein. Durch die Hochschulrektoren sei ebenso auf die fehlenden Wohnheimplätze hingewiesen worden.

Der Bedarf auf Wohnheimplätze sei unstrittig, so Stadtrat **Herrmann**. Die individuelle Mobilität bleibe. Er geht weiter auf die bisherigen Beratungen ein. Man werde für 300 Wohnheimplätze lediglich 37 Stellplätze haben. Dies sei zu wenig. Bisher seien die Stellplätze für die Wohnungen im Bestand ausgelastet. Der massive Parkdruck in der Stadt werde bemängelt. Neben einem guten ÖPNV und Fahrradabstellplätzen werden ebenso Stellplätze für Autos benötigt. Er sieht die Kontrolle und die Aufnahme der Selbstverpflichtung im Mietvertrag für ausgeschlossen. Mietrechtliche Konsequenzen hieraus seien fraglich. Weiter fordere er einen höheren Stellplatzschlüssel mit mindestens 60 Stellplätzen. Man müsse an die möglichen Folgen und den Parkdruck denken. Seine Fraktion könne heute nicht zustimmen und beantragt heute eine namentliche Abstimmung.

Weniger Verkehr in der Stadt und mehr Einsatz für den Klimaschutz fordert Stadträtin **Dr. Knoß**. Diese Stimmen erreichen sie auch aus der Bürgerschaft. Sie setze sich für dieses Wohnheim ein, auch im Sinne der Klima-, Lärm- und Luftproblematik. Wirtschaftlich sei eine zweite Tiefgaragenebene nicht darstellbar. Das Mobilitätsangebot mit Lastenrädern und Carsharing sei für die Studenten sehr gut. Fußläufig seien die Innenstadt und der Bahnhof gut zu erreichen. Die Expertenrunde habe gezeigt, dass kein höherer Stellplatzschlüssel nötig sei. Sie gehe davon aus, dass in dieses Wohnsilo lediglich Studenten mit kleinem Geldbudget einziehen werden. Dieser Personenkreis werde sich kein Auto leisten. Der Bauherr werde keine Quartiersgarage errichten und an Externe vermieten. Die PH sei nicht der Maßstab. Hier pendeln viele Studenten, die bisher keinen Wohnraum in der Stadt gefunden haben. Eine namentliche Abstimmung nehme sie dankbar an.

Stadtrat **Juranek** merkt an, dass nach einer Studie ein hoher Anteil der Studenten mit dem Auto fahre. Er habe dieses Projekt bisher positiv, wenn auch kritisch begleitet. Kritik äußert er zum Stellplatzschlüssel, wie auch zur massiven Bebauung. Durchaus sehe er die Notwendigkeit der Wohnheimplätze. Er spricht die Stellplatzdiskussion in den vergangenen Beratungen an. Anfangs seien 66 Stellplätze Inhalt des Projektes gewesen. Eine Regelung über die Mietverträge sehe er möglich, wenngleich schwierig in der Kontrolle. Die Auflage solle im Mietvertrag aufgenommen werden. Die Haltung des Investors ärgere ihn, da ein gewisser Druck erzeugt werde. Er könne sich vorstellen, dass eine zweite Tiefgaragenebene durch Einnahmen aus Vermietung gegenfinanziert werden könne. Er werde heute dennoch zustimmen.

Stadtrat **Rothacker** sieht die Debatte aufgrund des Wahlkampfes sehr politisch. Er wünsche eine sachliche Diskussion. Die Stellplätze seien nicht ausreichend, so Rothacker. Die Kontrolle der

Auflage im Mietvertrag sei schwierig. Eine Einschränkung könne über einen Anwohnerparkausweis erfolgen. Hierauf sollen die Studenten keinen Anspruch haben. Die Wohnungen seien wichtig und werden gebraucht. Die hohen Nebenkosten durch die erforderliche Lüftungsanlage, aufgrund der Nähe zur B27, mache günstigen Wohnraum nicht möglich. Eine Refinanzierung der Tiefgarage durch Vermietung sehe er nicht wirtschaftlich. Mehrheitlich werde seine Fraktion zustimmen.

Der Wohnraum werde benötigt, merkt Stadtrat **Heer** an. Das Mobilitätsverhalten habe sich geändert. Die Lage sei zentral mit einer guten fußläufigen Erreichbarkeit. Eine Parkraumbewirtschaftung finde statt. Fraglich sehe er die Überprüfbarkeit der Selbstverpflichtung im Mietvertrag. Er werde dem Projekt zustimmen.

Stadträtin **Dziubas** stimmt ebenso zu. Beim heutigen Wohnraummangel werde der Wohnraum nicht leer stehen, trotz der Auflage im Mietvertrag.

Ebenso zustimmen wird Stadtrat **Lettrari**. Eine Auflage im Mietvertrag sehe er nicht durchsetzbar. Der Platz sei sehr beengt. Zusätzliche Parkmöglichkeiten seien nicht möglich.

Stadtrat **Link** geht auf die Baumfällungen ein, da das Gebäude in Richtung Süden versetzt werde. Hier solle ebenso ein Radweg angedacht werden. Zudem sehe er den Fußweg als sehr beengt.

BMin **Nießen** teilt mit, dass die Gehwegbreite gleich bleibe. Es rücke die Hausfassade direkt an die Gehwegkante. Sie nimmt die Anregungen mit.

OBM **Spec** geht auf den Antrag auf namentliche Abstimmung ein. Dieser wird einstimmig mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen. OBM Spec lässt daraufhin namentlich durch Aufruf der Stimmberechtigten in der Reihenfolge der Sitzordnung über die Vorlage 139/19 mit Ja, Nein oder Enthaltung abstimmen.

Stadtrat Lettrari	ja
Stadtrat Th. Lutz	nein
Stadträtin Dr. Traub	nein
Stadtrat V. Lutz	nein
Stadträtin Kreiser	nein
Stadtrat Meyer	nein
Stadtrat Herrmann	nein
Stadtrat Noz	nein
Stadträtin Seyfang	nein
Stadtrat Köhle	nein
Stadtrat Braumann	nein
Stadtrat Link	nein
Stadtrat Seybold	Enth
Stadtrat Remmele	ja
Stadtrat Rothacker	ja
Stadtrat Weiss	ja
Stadträtin Moersch	ja
Stadtrat Dengel	ja
Stadtrat F. Lutz	ja
Stadtrat Eisele	ja
Stadtrat Heer	ja
Stadtrat Kasdorf	ja

Stadträtin Henning	ja
Stadtrat Haller	ja
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit	ja
Stadtrat Bauer	ja
Stadträtin Dr. Knoß	ja
Stadtrat Prof. Vierling	ja
Stadtrat Daferner	ja
Stadträtin Faulhaber	ja
Stadtrat Juranek	ja
Stadträtin Liepins	ja
Stadtrat von Stackelberg	ja
Stadträtin Detz	ja
Stadtrat Dr. O`Sullivan	ja
Stadträtin Orzechowski	ja
Stadträtin Dziubas	ja
Stadtrat Kube	ja
OBM Spec	ja
OBM Spec gibt die Auswertung der Stimmabgabe bekannt.	

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Fuchshof Schule“ Nr. 045/03 werden gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO jeweils als Satzung beschlossen. Maßgeblich sind der Bebauungsplan (Anlage 1), die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) jeweils vom 25.04.2019.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen (Anlage 5).

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird einstimmig mit 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Nachdem ein Sachvortrag und eine Aussprache nicht erwünscht sind, lässt OBM **Spec** über die Vorlage abstimmen.

Stadtrat **Braumann** erklärt sein Abstimmungsverhalten und verweist auf die ausführliche Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt. Hier sei keine Einigung über die Anzahl der Stellplätze bei der Schule erfolgt.

geänderter Beschluss:

- I. Der Entwurfsbeschluss zum Bebauungsplan „Grünbühl West“ Nr. 100/02 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung, jeweils mit Datum vom 26.04.2019 beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 26.04.2019.
- 
- II. Ziel der Planung ist die Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen für die Neuordnung des Gebiets „Grünbühl West“ zur Realisierung von Wohnraum, sozialer und technischer Infrastruktur sowie von Grün- und Aufenthaltsflächen.
 - III. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
 - IV. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der WBL einen **städtebaulichen Vertrag** abzuschließen, der die **Finanzierung der Stellplätze** zur Umsetzung des mit Gemeinderatsbeschluss vom 21.11.2018 festgelegten Stellplatzschlüssels (1,3 Stellplätze je neu geschaffener Wohneinheit in der Summe mit privaten und öffentlichen Stellplätzen bezogen auf das Gesamtgebiet im Endausbau) regelt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die WBL bis zu 1,0 St/WE (davon 0,8 St/WE in Tiefgaragen) und die Stadt die verbleibenden 0,3 St/WE finanziert. Außerdem erarbeiten Stadt und WBL ein **Konzept zur Umsetzung** (Bau und Betrieb) der **Quartiersgaragen**.
 - V. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan und die Begründung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.
 - VI. **Planungsbeschleunigung:** Hält die Verwaltung Ergänzungen oder Veränderungen des ausgelegten Plans für erforderlich und ist aus diesem Grunde ein Verfahren gem. § 4a Abs. 3 BauGB geboten, so ist sie ermächtigt, dies in eigener Zuständigkeit durchzuführen. Voraussetzung hierfür ist, dass sich durch die Änderungen keine erheblichen und/oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für die betroffene Öffentlichkeit, die Umwelt oder sonstige Belange ergeben. Der Ausschuss ist umgehend mündlich oder schriftlich hierüber zu unterrichten. Dabei ist Aufschluss über die vorgenommenen Änderungen, deren Gründe und deren Auswirkungen zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Gemeinsam mit der Wohnungsbau und den Stadtwerken werde grundlegend eine Konzeption entwickelt, so OBM **Spec**. Man versuche eine entsprechende Förderkulisse zu erhalten.

BMin **Nießen** geht auf die Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt ein. Hier habe man auf das ausgearbeitete Begrünungskonzept, das Mobilitätskonzept und den Stellplatzschlüssel verwiesen. Weiter geht sie auf die Änderung im Beschlussvorschlag ein. Dieser sei einstimmig im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beschlossen worden. Der Stadtteilausschuss unterstütze dies.

Stadtrat **Braumann** merkt an, dass die Verwaltung gut nachgearbeitet habe. Die Bebauung sei in Teilen reduziert worden. Es verbleibe viel Grün erhalten. Die Lebensqualität im Quartier werde erhöht. Das Mobilitätskonzept sei von besonderer Bedeutung. Der Standort für die öffentlichen Stellplätze, wie auch die Verbindung der Straßenräume müsse noch geklärt werden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** stimmt der Vorlage ebenso zu. Die Planungen seien gut. Es sei an vieles gedacht worden, wie die Paketzustellung. Die Mobilität werde sich in Zukunft verändern. Ob die Quartiersgarage gebraucht werde, zeige sich noch.

Die Nachverdichtung sei vertretbar meint Stadträtin **Liepins**. Zum Thema Parkierung im Bereich der Schule und Sportanlagen bittet sie im weiteren Verfahren um Überlegungen zur Erstellung von öffentlichen Stellplätzen. Für den Stadtteil sei dies eine gute Entwicklung.

Stadtrat **Weiss** stimmt ebenso zu. Die Vorlage sei schlüssig. Die Diskussion zum Thema Stellplätze sei nicht sachlich. Man solle dieses Thema nicht ideologisch angehen, kritisiert er.

Ebenso seine Zustimmung gibt Stadtrat **Eisele**. Es werde preisgünstiger Wohnraum geschaffen. Der Stellplatzschlüssel sei gut.

OBM **Spec** lässt über den abweichenden Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt, wie oben kursiv eingefügt, abstimmen.

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 8.1

Beschluss:

1. Dem Entwurf der Baumschutzsatzung vom 18.09.2018 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf der Baumschutzsatzung gemäß § 24 (12) NatSchG BW öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Die namentliche Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** gibt das Wort an BM **Ilk** weiter.

BM **Ilk** geht auf die Historie ein. Insbesondere erwähnt er das Klimaanpassungskonzept, Freiflächenkonzeption, Grünleitplanung, Insektensterben, Biodiversität und Natur in der Stadt. Überzeugend geht er auf die Idee der Landesgartenschau in diesem Zusammenhang ein. Man erhoffe sich beim Erhalt von alten Bäumen durch diese Satzung eine Unterstützung. Heute gehe es um einen Beschluss für den Entwurf der Satzung.

OBM **Spec** eröffnet die Aussprache.

Auch ohne Verbote werde in Ludwigsburg viel für den Klimaschutz getan merkt Stadtrat **Herrmann** an. Er halte eine Baumschutzsatzung nicht für erforderlich. Man habe auch eine Verantwortung gegenüber den Bürgern mit Eigentum. Es gebe bereits viele Vorschriften. Weiter geht er auf den Inhalt des Entwurfes ein. Es sei ein Eingriff in das Eigentum der Bürger. Zudem benötige man zusätzlich zwei Personalstellen. Weiter geht er auf die Baumfällungen im öffentlichen Raum ein. Er

habe dem Antrag Nr. 042/19 zugestimmt. Hier solle der beschlossene Weg gegangen werden. Dem Entwurf könne er nicht zustimmen. Die zusätzlichen Personalstellen werden nicht gebraucht.

Der Baumbestand und Schutz bestehender Bäume solle erhalten werden, so Stadtrat **Prof. Vierling**. Die Notwendigkeit der Neupflanzung, Ersatz und Ergänzung sei selbstverständlich. Zum Kapital der Stadt gehören die Bäume als wesentlicher Bestandteil und diese prägen die Stadt. Der bisherige Umgang sei nicht wertschätzend genug. Er geht auf die Historie der Baumschutzsatzung ein. Nach skeptischer Zurückhaltung habe die Verwaltung auf die Forderungen der Grünen-Fraktion mit der Vorlage positiv reagiert. Es gab in der weiteren Beratung viele Fragen durch die Satzungsgegner. Weiter spricht er die politische Diskussion kurz vor der Kommunalwahl an. Er beantragt heute eine namentliche Abstimmung über die Vorlage 425/18.

Stadträtin **Liepins** fügt hinzu, dass Bäume geschützt und erhalten werden sollen. Sie werde diesem Entwurf zustimmen. Man wolle eine Bebauung hierdurch nicht verhindern. Die Vorschriften sollen die Bürger nicht gängeln. Die Satzung sei wichtig. Der Zeitpunkt heute sei unglücklich gewählt, da dies zum Wahlkampfthema genutzt werde.

Stadtrat **Weiss** befürchtet zu viel Bürokratie und zusätzliches Personal. Auch die Kontrolle im privaten Bereich könne er nicht unterstützen. Die Steingärten tragen ebenso zum Insektensterben bei fügt er hinzu. Seine Fraktion stimme heute nicht zu.

Stadtrat **Heer** wundert sich über die erneute Beratung im Gemeinderat, obwohl im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ein eindeutiger Beschluss gefasst worden sei. Vermutlich wolle man hierdurch kurz vor der Kommunalwahl Aufmerksamkeit generieren. Der eingereichte Fragenkatalog sei mit der Vorlage 425/18 beantwortet. Der Aufwand bezüglich der Erfassung und Fortschreibung, wie auch die regelmäßigen Kontrollen und Überprüfungen sei sehr hoch. Der Eingriff in die Privatsphäre werde abgelehnt und stehe nicht im Verhältnis zum Nutzen. Die FDP stehe zu grün in der Stadt und wünsche zusätzliche Baumpflanzungen. Er lehne den Entwurf zur Baumschutzsatzung ab.

Stadtrat **Prof. Vierling** merkt an, dass Bäume nicht nur für den Eigentümer, sondern auch für die Allgemeinheit wichtig seien. Bäume seien nicht mit Gegenständen im Privateigentum vergleichbar. Es gehe um das Bewusstsein und die Einsicht, dass Bäume öffentliche Güter mit ihrer Klimawirksamkeit, Kühlwirkung und Sauerstoffproduktion seien. Die Personalstellen müssen den Veränderungen und dem Klimawandel angepasst werden. Das Thema werde nicht als Wahlkampfthema benutzt, es hätte bereits früher behandelt werden können.

Stadtrat **Eisele** stellt klar, dass sein Vorredner den Bürgern unterstelle, diese würden Bäume als Gegenstand betrachten und behandeln.

Die Öffentlichkeit solle beteiligt und ein Entwurf beschlossen werden, so Stadtrat **von Stackelberg**. Er verstehe die Diskussion im Gremium nicht. Man müsse im Sinne des Klimawandels ein Zeichen setzen.

Stadtrat **Link** sieht hier einen Eingriff in die Privatsphäre.

Stadtrat **Weiss** versteht den Vorschlag der Bürgerbeteiligung nicht. Die Eigentümer wollen sicher keine Baumschutzsatzung.

Stadtrat **Haller** zeigt sich erstaunt über die ideologische Diskussion im Gremium. Eine konstruktive Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion gestalte sich schwierig.

Stadträtin **Kreiser** wünscht ein Ende der Debatte und stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung.

OBM **Spec** lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte abstimmen. Die Abstimmung erfolgt offen. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt. Danach lässt er über den Antrag auf namentliche Abstimmung abstimmen. Dieser wird mehrheitlich angenommen. OBM Spec lässt daraufhin namentlich durch Aufruf der Stimmberechtigten in der Reihenfolge der Sitzordnung über die Vorlage 425/18 mit Ja, Nein oder Enthaltung abstimmen.

Stadtrat Lettrari	nein
Stadtrat Th. Lutz	nein
Stadträtin Dr. Traub	nein
Stadtrat V. Lutz	nein
Stadträtin Kreiser	nein
Stadtrat Meyer	nein
Stadtrat Herrmann	nein
Stadtrat Noz	nein
Stadträtin Seyfang	nein
Stadtrat Köhle	nein
Stadtrat Braumann	nein
Stadtrat Link	nein
Stadtrat Seybold	nein
Stadtrat Remmele	nein
Stadtrat Rothacker	nein
Stadtrat Weiss	nein
Stadträtin Moersch	nein
Stadtrat Dengel	nein
Stadtrat F. Lutz	nein
Stadtrat Eisele	nein
Stadtrat Heer	nein
Stadtrat Kasdorf	ja
Stadträtin Henning	ja
Stadtrat Haller	ja
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit	ja
Stadtrat Bauer	ja
Stadträtin Dr. Knoß	ja
Stadtrat Prof. Vierling	ja
Stadtrat Daferner	ja
Stadträtin Faulhaber	ja
Stadtrat Juranek	ja
Stadträtin Liepins	ja
Stadtrat von Stackelberg	ja
Stadträtin Detz	ja
Stadtrat Dr. O`Sullivan	ja
Stadträtin Orzechowski	ja
Stadträtin Dziubas	ja
Stadtrat Kube	ja
OBM Spec	Enth

OBM **Spec** gibt die Auswertung der Stimmabgabe bekannt. Er informiert darüber, weshalb dieses Thema auf der heutigen Tagesordnung stehe. Dies gehe zurück auf den Antrag der Grünen-Fraktion. Man befinde sich in der Fortschreibung des Masterplanes Energie und Klima. Das Thema Klimaschutz und Klimaanpassung spiele eine wichtige Rolle, wie auch bürgerschaftliche Partizipation und Grün in der Stadt.

Im Anschluss schließt OBM **Spec** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Beratungsverlauf:

siehe TOP 8.1